

Bern

«Die Stimmung ist super»

Michael Aebersold hat sich in seinen ersten 100 Tagen als Stadtberner Finanzdirektor bereits als Schreck der Bürgerlichen positioniert. Trotzdem baut er auf seine - bürgerliche - Verwaltung.



Der Finanzdirektor freut sich jeden Mittwoch auf die Gemeinderatssitzung. Foto: Adrian Moser

Interview: Fabian Christl

Herr Aebersold, Sie wirken so euphorisch. Dabei handelt es sich bei Ihrem Dossier, der Finanzpolitik, um ziemlich trockene Materie. Ist das nicht langweilig?

Nein, das ist «hölle» spannend. Im Finanzplan sind sämtliche finanzpolitischen Grundsätze, die neuen Aufgaben, die nötigen Investitionen und die Chancen und Risiken aufgeführt. Er bietet deshalb einen Gesamtblick, und das ist hochinteressant.

Sie präsentierten den Finanzplan wenige Wochen nach Amtsantritt. Ein steiler Einstieg.

Ich habe das Gefühl, ich sei schon viel länger da als 100 Tage. Tatsächlich ging es schnell los. Bereits in der ersten Woche hatte ich mehrere Sitzungen mit verschiedenen Direktionen, um den Finanzplan zu bereinigen. Es ging darum, die Differenzen zwischen dem, was sie wünschen, und dem, was machbar ist, zu unterscheiden. Wir sind so den Finanzplan Punkt für Punkt durchgegangen.

Sie sind von Haus aus Chemiker und kein Finanzfachmann. Kommen Sie mit der komplexen Thematik überhaupt zugange?

Als Politiker kommt man unweigerlich mit Finanzpolitik in Berührung. Ich war lange im Stadtrat und auch im Kantonsparlament, habe also nicht bei null angefangen. Aber es gibt schon gewisse finanztechnische Kenntnisse, die ich mir noch aneignen muss.

Obwohl Sie noch in der Einarbeitungsphase sind, haben Sie bereits provoziert. Ihre Aussage, dass es in den nächsten 20 Jahren keine Steuersenkung geben wird, ist nicht nur gut angekommen.

Da habe ich mich etwas weit aus dem Fenster gelehnt. Ich bleibe aber dabei: In dieser Legislatur besteht kein Spielraum für Steuersenkungen. Das zeigt der Finanzplan. So kommen zahlreiche Investitionen auf die Stadt zu. Auch durch die Unternehmenssteuerreform III und die geplanten Steuersenkungen auf Ebene Kanton können der Stadt schnell einmal 30 bis 40 Millionen Franken jährlich verloren gehen. Schliesslich ist es für mich auch kein Tabu - im

Gegenteil -, eine Realloohnerhöhung für das Stadtpersonal ins Auge zu fassen.

Sie argumentieren mit dem Finanzplan. Die Prognosen darin sind aber stets viel zu pessimistisch.

Man darf nicht aus politischem Kalkül heraus falsch prognostizieren. Als Kantonsparlamentarier habe ich mich immer darüber genervt. Ich habe einen naturwissenschaftlichen Hintergrund und strebe möglichst genaue Vorhersagen an. Ich will nicht, dass die Direktionen Reserven einbauen. Wenn man mehr Geld braucht, muss man halt mit einem

«Da habe ich mich etwas weit aus dem Fenster gelehnt.»

begründeten Nachkredit kommen. Aber trotzdem: Die Entwicklung der Steuereinnahmen sind sehr schwierig zu prognostizieren. Hinzu kommt, dass die Stadt wächst. Das ist gut, erfordert aber beträchtliche Investitionen in Schulen, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen.

Die Forderung nach Steuersenkungen lehnen Sie mit Verweis auf den Finanzplan ab. Für Lohnerhöhungen scheint es aber Platz zu haben. Wie geht das zusammen?

Gute Löhne sind wichtig, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu werden. Wir haben gerade von unserem Wunschkandidaten für den Posten «Flottenbetreuung» eine Absage erhalten, weil wir zu wenig Lohn bezahlen können.

Der Stadtpräsident Alec von Graffenried ist offenbar nach wie vor überzeugt, dass Spielraum für eine Steuersenkung besteht.

Das müssen Sie mit ihm besprechen. Klar aber ist, dass neben der SP und dem GB auch seine Partei, die GFL, meiner Argumentation folgt.

Wie ist eigentlich die Stimmung im Gemeinderat? Der aufreibende Wahlkampf hat doch sicher Spuren hinterlassen?

Die Stimmung ist super. Wir sind natürlich unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Interessen. Ich empfinde die Zusammenarbeit aber als angenehm und sehr konstruktiv. Wir diskutieren hart in der Sache, aber stets lösungsorientiert. Ich freue mich jeden Mittwoch auf die Gemeinderatssitzung.

Wie würden Sie Ihre Rolle im Gemeinderat beschreiben? Sind Sie eher ein verbindendes Element?

Ich bin ein Teamplayer. Als Leiter der Finanzdirektion darf ich auch häufig mit meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen zusammenarbeiten. Bei Planungsthemen mit Alec von Graffenried, beim Schulraum mit Franziska Teuscher, und wenn es um die Zukunft der Waisenhauskaserne geht, arbeite ich mit Reto Nause zusammen.

Das Mehrheitsverhältnis macht es Ihnen aber auch einfach. Teilen Sie die Ansicht, dass RGM aufgrund der Konstellation der bürgerlichen Minderheit gegenüber in der Verantwortung steht?

Absolut. Ich suche auch das Gespräch mit bürgerlichen Gruppierungen. Ich war schon beim City-Verband und werde auch noch Einladungen der Mobilbar und der Rotarier befolgen.

Wenn es darauf ankommt, machen Sie pointiert linke Politik. Dass die Stadt als Bauherrin auftreten will, stösst bei Bürgerlichen auf Unverständnis.

Jeder Grundeigentümer für seine Areale. Dazu gehört, dass er sich überlegt, was er damit tun will. Und wenn wir überzeugt sind, dass wir einen Teil von Vierer-/Mittelfeld und Gaswerkareal selber bebauen können, wieso sollten wir es nicht auch tun? Vorbild ist für mich Stöckacker-Süd - ein äusserst erfolgreiches Projekt. Ich bin der Überzeugung, dass dieses Modell bis weit in bürgerliche Kreise Akzeptanz findet.

Die «Wohnoffensive» war ihr zentrales Wahlversprechen. Es gibt aber nicht mehr Wohnungen, wenn die Stadt anstelle Privater baut. Haben Sie noch andere Projekte im Köcher?

Meine Direktion und die Präsidialdirektion arbeiten eng zusammen. Wir wollen gemeinsam entscheiden, welche Projekte die Stadt mit welcher Priorität angeht. Zudem will ich mich in den kommenden Monaten mit den wichtigen Akteuren - etwa den Bernburgern, der Migros und der Swiss Prime Site - zum Thema Stadtentwicklung austauschen. Ohne die grossen Player ist es schwierig, die gewünschte Entwicklung voranzutreiben.

Damit die Wohnoffensive ein Erfolg wird, muss auch Ihre Verwaltung mitmachen. Aber gerade Immobili-

«Wenn ein Amtsleiter bremst, werde ich für Schub sorgen.»

lien Stadt Bern steht im Ruf, eher zu verzögern als zu forcieren, etwa wenn es um genossenschaftlichen Wohnungsbau geht.

Da gibt es Interpretationsspielraum. Ich erlebe meine Verwaltung jedenfalls als positiv.

Ihre Direktion war mehr als zehn Jahre lang in bürgerlichen Händen. Werden Sie wichtige Posten neu besetzen?

Das wurde mir bei Amtsantritt tatsächlich von vielen geraten. Das kommt aber nicht infrage. Meine Spitzenleute verfügen über viel Erfahrung und ein grosses Netzwerk, und bis jetzt läuft die Zusammenarbeit sehr gut. Klar aber ist, als Chef der Direktion bestimme ich den Kurs. Und wenn ich das Gefühl habe, einer meiner Amtsleiter bremst, werde ich für Schub sorgen.

Es stehen viele Projekte an - haben Sie überhaupt noch Zeit, um auf den Gurten zu rennen?

Ich habe wieder angefangen. In der letzten Woche lief ich bereits 30 Kilometer. Ich werde auch am GP mitlaufen. Aber gemächlich, nicht mehr so schnell wie früher.

Liegenchaftssteuern

Stadt prüft Klage gegen Kanton

Der Stadtberner Finanzdirektor Aebersold will gegen den Beschluss betreffend die Neubewertung der Liegenchaften vorgehen. Er fürchtet Steuerausfälle.

Die im März vom bernischen Grosse Rat beschlossene Neubewertung der Liegenchaften im Kanton Bern wird voraussichtlich ein Fall fürs Bundesgericht. Der Berner Gemeinderat Michael Aebersold will jedenfalls den Grossratsbeschluss in Lausanne anfechten. Der neue Vorsteher der städtischen Direktion für Finanzen, Personal und Informatik zog gestern vor den Medien eine Bilanz seiner ersten hundert Tage im Amt. Dabei sagte er, er werde der Stadtregierung beantragen, den Gang ans Bundesgericht anzutreten.

Aebersold stört sich daran, dass bei der Festsetzung der amtlichen Werte der Liegenchaften im Kanton Bern künftig als Zielwert ein Median im Bereich von 70 Prozent des Verkehrswerts angestrebt wird. Das setzte die bürgerliche Mehrheit des bernischen Kantonsparlaments Mitte März durch. Regierung, die Linke sowie ein Teil der Mitte wollten einen Zielwert von 77 Prozent und damit die Hausbesitzer stärker belasten.

Der Unterschied von 7 Prozent hat für den Kanton Bern und die Berner Gemeinden handfeste finanzielle Auswirkungen: Ihnen entgehen gemäss Angaben von Mitte März 49 Millionen Franken Steuereinnahmen. Denn der amtliche Wert dient als Grundlage zur Festsetzung der Liegenchaftssteuern der Gemeinden und hat auch einen Einfluss auf die Vermögenssteuern. Aebersold sagt, 70 Prozent seien seiner Ansicht nach verfassungswidrig. Die Gemeinden hätten Anrecht auf die zusätzlichen Steuereinnahmen: «Ich bin der Meinung, dieses Geld steht uns zu.» Da die Berner Stadtregierung klar rotgrün dominiert ist, ist anzunehmen, dass Aebersold dort mit seinem Antrag durchkommt.

Umstrittene Grossratsdebatte

Schon in der Grossratsdebatte war umstritten, ob die 70 Prozent rechtmässig sind. Leute wie FDP-Fraktionschef Adrian Haas und SVP-Sprecher Andreas Blank bezeichneten diesen Wert als zulässig. Die kantonale Finanzdirektorin Beatrice Simon sagte, es könnte sein, dass das Bundesgericht die 70 Prozent für unzulässig erkläre.

Zu dieser Frage hatte die Kantonsregierung bereits in ihrem Vortrag ans Kantonsparlament Angaben gemacht. Dort ist etwa zu lesen, in zwei Urteilen von 1998 habe «Lausanne» Zielwerte von 60 oder 70 Prozent des Verkehrswerts als nicht zulässig bezeichnet. Dies, weil daraus eine zu starke Begünstigung von Personen mit Grundeigentum im Vergleich zu Personen ohne Häuser resultiere. Folglich sei zu gewährleisten, dass die amtlichen Werte «möglichst immer über 70 Prozent des Verkehrswerts liegen.» (sda)

Anzeige

Annette Arn
Mutter aus
Aarwangen

Unsere Kinder sollen endlich sicher zur Schule kommen!

JA

Verkehrssanierung
Aarwangen

www.verkehrssanierung-ja.ch